



Großes Gewerbegebiet an der A 38 – nahe Dreieck Drammetal

Die Gemeinden Rosdorf und Friedland möchten ein interkommunales (gemeindeübergreifendes) Gewerbegebiet südöstlich der Deponie Deiderode - direkt an der Autobahnzufahrt der A 38 - entwickeln. Es umfasst 35 Hektar Land, von denen etwa 14 ha im Gebiet von Friedland und 21 ha im Gebiet von Rosdorf liegen. Eine Zusammenarbeit der beiden Kommunen ist geboten, da finanzielle Landzuschüsse erst ab einer Größe von 30 ha fließen.

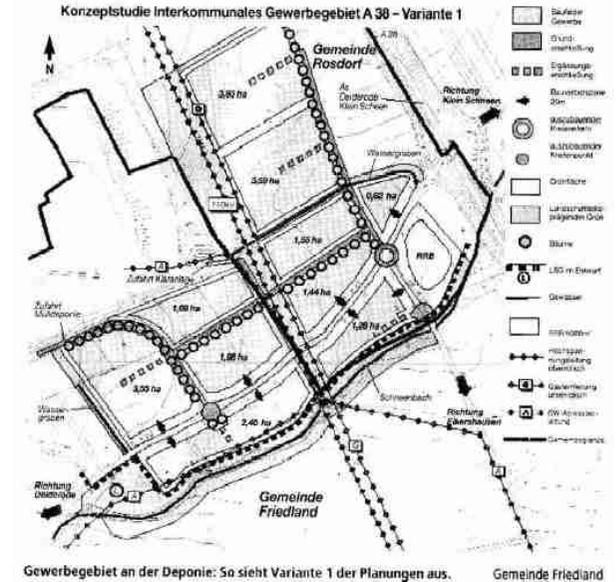
Das Planungsbüro Lange und Puche sowie das Ingenieurbüro Rinne haben in einer ersten Vorstudie dem Rat und der Verwaltung Auskunft über die Möglichkeiten der Realisierung gegeben.

Wir sprachen mit unserem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Reindler über seine Einschätzung zur Verwirklichung des Projektes.

Redaktion: Herr Reindler, wie sehen Sie die Chancen für die Verwirklichung eines gemeinsamen Gewerbegebietes der beiden Gemeinden Rosdorf und Friedland?

Reindler: Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit der beiden Gemeinden schon heute außerordentlich gut. Wir arbeiten seit Jahren - zum Nutzen der Bevölkerung in den Bereichen Trinkwasser und Abwasser erfolgreich zusammen. Außerdem bietet sich bei diesem

Vorhaben geradezu ein Gemeinde übergreifendes Vorgehen an, weil die Erschließung und Vermarktung eines Gewerbegebietes praktisch nur noch mit finanzieller Unterstützung des Landes möglich ist. Dies setzt aber eine Mindestgröße von 30 Hektar voraus, die wir nur gemeinsam erreichen.



Redaktion: Ist der Standort an der A 38 denn für uns wirklich richtig gelegen?

Reindler: Gerade der Standort ist – das zeigen die Voruntersuchungen der Planungsbüros - als optimal für Gewerbe und insbesondere für Logistik und Distribution anzusehen. Zum einen liegt er ganz nahe am Kreuzungspunkt der großen Verkehrsachsen von A7 und

In dieser Ausgabe:

Großes Gewerbegebiet an der A 38 – nahe Dreieck Drammetal

SPD unterstützt Elternpetition

Unsere Schülerzahlen reichen mittelfristig

„Wer die Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen“

1000 Urlaubsgrüße für Rosdorf

A 38. Zum anderen liegt unsere Fläche direkt an der Autobahnabfahrt Deiderode/Klein Schneen . Es gibt überhaupt keine zusätzlichen Verkehrsbelastungen für die Ortschaften, und das Gebiet liegt mehr oder weniger in einer Senke südöstlich der Deponie, so dass die Beeinträchtigungen für benachbarte Siedlungen sich sehr in Grenzen halten werden.

Das vollständige Interview können sie im Internet unter www.spd-rosdorf.de lesen.

Neu im Internet !

www.SP-D-Rosdorf.de

Informationen
für Rosdorf



„Wer die Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen“

SPD-Unterbezirksvorsitzender zu Gast in Rosdorf

Der SPD-Unterbezirksvorsitzende und Landtagsabgeordnete Thomas Oppermann referierte am 12. Mai 2004 im Dorfgemeinschaftshaus Sieboldshausen auf Einladung des Rosdorfer Ortsvereins zum Thema „Wirtschaftspolitik in Niedersachsen: Wachstum für die Region“.

Oppermann bedauerte den "seit Jahrzehnten größten Ausbildungsplatzmangel in der Region." 1200 junge Menschen hätten noch keinen Ausbildungsplatz. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion forderte die Arbeitgeber und die regionale Wirtschaft zu einer gewaltigen Kraftanstrengung auf, um allen Schulabsolventen eine berufliche Perspektive zu geben.

"Dieser unerträgliche Zustand muss beseitigt werden", sagte Thomas Oppermann und verwies auf den zu erwartenden Rückgang an SchülerInnenzahlen in den nächsten Jahren. Ausbildung sei eine Zukunftsinvestition. "Wer heute nicht ausbildet, darf sich in wenigen Jahren nicht über einen Fachkräftemangel beklagen," resümierte der Unterbezirksvorsitzende.

Einen zweiten Themenschwerpunkt bildete

die kommunale Finanzlage. Harald Grahovac, schilderte den sich stetig verschlechternden Gestaltungsspielraum der Kommunen.

"Die Streichung aller freiwilligen Leistungen würden nicht ausreichen, um unser Defizit auszugleichen."

Oppermann sprach sich für mehr kommunale Investitionen durch eine Verbesserung der kommunalen Finanzkraft aus. Er verwies auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Im Vermittlungsverfahren im Dezember 2003 wurde der SPD-Vorschlag, die Gewerbesteuerpflicht auf Freiberufler auszudehnen und damit die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern, von der CDU abgelehnt.

Der Unterbezirksvorsitzende sprach sich für die Aufnahmen des Konnexitätsprinzip in die Verfassung aus.

"Wer die Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen," erklärte Thomas Oppermann mit dem Hinweis, dass viele politische Entscheidungen des Bundes und des Landes von den Kommunen ohne entsprechende finanzielle Gegenleistung umgesetzt werden müssen. Ein Klagerecht der Kommunen gegen Gesetze, die sie finanziell zusätzlich belasten, sei notwendig. "Nur so können wir den Teufelskreis durchbrechen."

SPD unterstützt Elternpetition

Die Elternvertretung der Anne-Frank-Schule hat sich mit einer Petition an Landtagspräsidenten Gansäuer gewandt.

In ihrer Petition beschreiben die Eltern die Wichtigkeit eines adäquaten Schulangebotes für die Gemeinde Rosdorf.

Sie versichern, dass die derzeitigen Schülerzahlen aller Jahrgänge eine deutliche Zweizügigkeit belegen.

Die Eltern befürchten, dass die Anne-Frank-Schule als reine Hauptschule auf Dauer keine Zukunft haben wird.

Die Rosdorfer SPD unterstützt die Initiative.

Eine Außenstelle der Carl-Friedrich-Gauß-Schule in der Rosdorfer Anne-Frank-Schule einzurichten, sieht die Rosdorfer SPD als zweitbeste Lösung an. Wenn die beste Lösung nicht erreichbar sei, könne sich die SPD nicht diesem Vorschlag verschließen.

Europawahl

am 13. Juni 2004

wählen gehen !!!

CDU will von eigenen Statistenrolle ablenken

„Mit dem Vorschlag einer Außenstelle für Rosdorf will die regionale CDU nur von ihrer Statistenrolle in der Landespolitik ablenken,“ erklärte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende, Jörg Kunkel.

Die Rechtfertigung der Entscheidung des CDU-Kultusministeriums durch die Kreis-CDU, dass nur 30 Kinder in Rosdorf zur Realschule angemeldet seien, entbehrt jeder Grundlage und falle allen Kreistagsfraktionen in den Rücken.

Kunkel erinnerte daran, dass "alle Fraktionen im Kreistag bei ihrem Votum für den Realschulstandort gewissenhaft und kompetent die Zweizügigkeit der Rosdorfer Realschule geprüft haben.“

Wie die Eltern in ihrer Petition richtig festgestellt haben, wäre die geforderte Zweizügigkeit gesichert.

„Die CDU-Landesregierung hat sich über das Votum des Schulträgers hinweggesetzt und damit falsch entschieden“, so Kunkel. Die örtlichen CDU-Landtagsabgeordneten Ilse Hansen und Dr. Harald Noack hätten diese Entscheidung zu verantworten.

„Statisten arbeiten, sie spielen aber keine Rolle“, brachte Kunkel seine Kritik auf den Punkt.

Unsere Schülerzahlen reichen mittelfristig

In der politischen Auseinandersetzung um die Einführung einer Realschule in der Rosdorfer Anne-Frank-Schule machte die Elternvertretung durch vielfältige Aktivitäten auf sich aufmerksam. Wir sprachen mit Katja Alhers-Hampe, Vorsitzende des Elternrates.

Frage: Wenn Sie auf die letzten Monate zurückblicken, was hat Sie besonders erfreut.

Ahlers-Hampe: Die konstruktive und sachbezogene Zusammenarbeit des Bürgermeisters und der Parteien. Die Rosdorfer haben sich mit einer Stimme für einen Realschulstandort an der Anne-Frank-Schule engagiert.



Katja Ahlers-Hampe vor der Anne-Frank-Schule

Frage: So konnte der einstimmige Kreistagsbeschluss erreicht werden?

Ahlers-Hampe: Ja, das war die Grundlage. Trotzdem mussten wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten.

Frage: Was hat Sie besonders geärgert?

Ahlers-Hampe: Dass die Landesregierung sich über das einstimmige Votum des Kreistages hinweggesetzt hat. Die Konsequenz: Die Rosdorfer Schüler bilden die größte Schülergruppe im neuen Jahrgang der Carl-Friederich-Gauß-Schule in Groß Schneen. Ohne eine Rosdorfer Nebenstelle müssen die Rosdorfer Schüler unnötige Fahrzeiten in Kauf nehmen.

Frage: Die Landesregierung behauptet, dass Schülerzahlen nur für eine einzügige Realschule reichen.

Ahlers-Hampe: Das ist falsch. Unsere Schülerzahlen reichen mittelfristig für eine zweizügige Realschule und erfüllt damit die gesetzlichen Vorschriften.

Das vollständige Interview können Sie unter www.spd-rosdorf.de lesen.

Impressum:

SPD Ortsverein Rosdorf, Friedensstr. 17
37124 Rosdorf

Redaktion: Katja Ahlers-Hampe, Dieter Fröchenicht, Jörg Kunkel (V.i.S.d.P.), Michael Keller und Peter Reindler

Veränderungen im Gemeinderat

Dieter Fröchenicht neuer stellvertretender Bürgermeister

Der Gemeinderat wählte den Sozialdemokraten Dieter Fröchenicht in den Verwaltungsausschuss und zum neuen Stellvertretenden Bürgermeister. Die Wahl wurde durch den Rücktritt von Ursula Klieser notwendig.

Neu im Gemeinderat

Der 45-jährige Dramfelder Ortsbürgermeister, Bernd Fahrenholz, rückt für die Zurückgetretene in den Gemeinderat nach. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde er in den Schulausschuss gewählt.

Das frei gewordene Mandat im Finanz- und Wirtschaftsausschuss übernimmt Bernd Schönduve.

Motive gesucht

In die 11 Halbkreise unserer Zeitung möchten wir in der nächsten Ausgabe für jeden Ortsteil ein Foto einbauen.

Wir bitten die Bevölkerung um Mithilfe und würden uns über Bilder freuen.

1000 Urlaubsgrüße für Rosdorf

Senden Sie bis zum 31. August 2004 einen Urlaubsgruß zum 1000-jährigen Jubiläum von Rosdorf an den SPD-Ortsverein.

Postkarte: Friedensstr. 17, 37 124 Rosdorf
E-Card: redaktion@spd-rosdorf.de

Wir veröffentlichen Ihren Gruß im Internet.

Gewinnen Sie einen Gutschein im Wert von 50, 40 oder 30 € für einen Ihrer nächsten Besuche in einem Rosdorfer Restaurant.

Unter allen Einsendungen erhalten die drei Besten Preise. Beurteilt werden die Karte und der Gruß.

Sommerfest der Rosdorfer SPD

**am 12. Juni 2004, ab 15.00 Uhr
auf dem Wartberg**

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!